

PRO-GE

*Unsere ARBEIT, unser LEBEN,
unsere ZUKUNFT!*

DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

KURZFASSUNG ARBEITSPROGRAMM

4. GEWERKSCHAFTSTAG DER PRO-GE, 14.–16. Juni 2023, Austria Center Vienna

www.proge.at

ARBEITSPROGRAMM 2023 – 2028: ECKPUNKTE

Gefühlt haben wir **fünf Jahre an Krisen und Katastrophen** hinter uns – vieles hat sich zum Nachteil von uns Arbeiter:innen gewandelt. Die vielen hintereinander folgenden Krisen sind zum Vorwand genommen worden, demokratische Rechte abzubauen und unseren Sozialstaat zurückzuschrauben, wir alle sollten vermeintlich den Gürtel enger schnallen.

Die hohe Politik hat in den letzten Jahren viel Vertrauen verloren. Der politische Wille in den vergangenen Jahren hat sich klar gegen uns Arbeitnehmer:innen gerichtet, begonnen hat dies mit dem Antrag den 12-Stunden-Tag wieder einzuführen – unmittelbar nach unserem letzten Gewerkschaftstag. Dem sind eine Reihe von Angriffen auf uns Arbeiter:innen gefolgt wie die Wiedereinführung von Pensionsabschlägen, Angriffe auf die Altersteizeit etc. Hinzu kam der für viele Kolleg:innen nachteiligen Umgang mit den Krisen von Corona bis Teuerung. Viele unserer Mitglieder fühlen sich von der Politik nicht mehr vertreten und haben nicht mehr das Gefühl, dass unsere Demokratie ihre Versprechen an sie einlöst.

Unsere Arbeitswelt und unsere Gesellschaft befinden sich im Umbruch: Trotz annähernder Vollbeschäftigung steigt der Arbeitsdruck und Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, unsichere Arbeitsverhältnisse nehmen zu und wir sehen die Spaltung von Belegschaften an verschiedenen Bruchlinien. **Wir Arbeiter und Arbeiterinnen wollen das ändern, unser Ziel sind bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse. Eine Politik für die Vielen, nicht nur für das Börsl einiger weniger.**

Mit dem Arbeitsprogramm 2023–2028 möchten wir uns als Gewerkschaft gemeinsam mit unseren Mitgliedern gezielt mit den Aufgaben der nächsten fünf Jahre auseinandersetzen und uns trauen, Utopien zu denken, Alternativen zu formulieren und diese durchzusetzen.

Selbstverständnis der Gewerkschaft in stürmischen Zeiten

Gewerkschaft ist vor allem eines: Eine **Gemeinschaft der ihr angehörenden Mitglieder**. Es ist ihre Gewerkschaft. Sie sind die Gewerkschaft, gemeinsam mit den für sie wirkenden gewählten Vertreter:innen und hauptamtlich Beschäftigten. Wir haben als Produktionsgewerkschaft eine klare Vertretungsaufgabe für die Arbeiter:innen und Lehrlinge unsere Branchen und wollen ihr stets gerecht werden – an ihren Interessen müssen wir unser Handeln und unsere Entscheidungen messen.

In der Durchsetzung unserer Interessen als Arbeiter:innen wissen wir, dass wir nur das bekommen, was wir imstande sind, uns zu erkämpfen. Für Stärke braucht es **Organisationskraft, Mut und Solidarität**.

Wir sind davon überzeugt, dass man nicht mit brennendem Herzen Teil einer virtuellen Bewegung sein kann, sondern Bewegung spüren muss. Jeder Arbeitskampf, jede Demonstration und jede engagierte Diskussion beweisen das auf's Neue.

Ziele zu formulieren ist nur der Anfang, sie durchzusetzen die eigentliche Arbeit. Wenn wir 2028 auf die fünf Jahre davor zurückblicken, so wollen wir Folgendes erreicht haben:

- mehr Mitglieder gewonnen, mehr Betriebe organisiert und den Organisationsgrad in den Betrieben erhöht;
- in allen organisierten Betrieben mit mehr als fünf Jugendlichen einen Jugendvertrauensrat gewählt;
- die Bildungsbeteiligung gesteigert (mindestens 70 % aller Betriebsratsmitglieder sollen die Grundausbildung und mindestens 30 % die Diplombildung abgeschlossen haben)
- engagierte Nachfolger:innen für ausscheidende Funktionär:innen gefunden;
- mehr Raum für gewerkschaftspolitische Diskussionen vom Betrieb bis zur Bundesebene geschaffen;
- 2.000 Euro Mindestlohn in unseren Kollektivverträgen umgesetzt;
- Arbeitszeiten insbesondere bei belastender Arbeit verkürzt.

Mit dem Gefühl, dass wir durch Stärke, Mut und Solidarität die Dinge für unsere Mitglieder zum Positiven verändern konnten, schmieden wir Pläne für die Zukunft.

Kernstück unserer Arbeit: Unsere Kollektivverträge

Kollektivvertragspolitik ist das Herzstück unserer Arbeit, wir gestalten sie unmittelbar mit unseren Mitgliedern. Unsere **Vielfalt an Branchen und Arbeitsrealitäten** ist eine Herausforderung, vor allem aber unsere Stärke.

Wir streben einen kollektivvertraglichen **Mindestlohn von 2.000 Euro** an und lehnen einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Flucht aus dem Kollektivvertrag werden wir weiterhin bekämpfen – ebenso alle Bestrebungen, zentrale Regelungen auf die betriebliche Ebene zu verlagern.

Unsere Arbeit – Unsere Rechte

Der Arbeitskräftemangel ist in aller Munde, dennoch mangelt es neben der entsprechenden Bezahlung in manchen Branchen an attraktiven Arbeitsbedingungen: In vielen Betrieben scheinen sich Kurzarbeit und Überstunden abzuwechseln. **Durch den hohen Arbeitsdruck sind viele unserer Kolleg:innen am Limit**, die Belastung durch die massive Inflation tut ihr übriges.

Für uns sind gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen kein Widerspruch. Daher treten wir für höhere Löhne und für die ganze Bandbreite an Modellen zur **Arbeitszeitverkürzung** ein: Für mehr Jobs und weniger Druck, dafür mehr Zeit für Familie und Hobbies!

Wir wollen **ArbeitnehmerInnenschutz** weit denken: Arbeit darf nicht krank machen, das gilt für bekannte Belastungen genauso wie für neue Belastungen durch Digitalisierung und Überwachung. Aufgrund fehlender alternsgerechter Arbeitsplätze brauchen wir weiterhin „Exit-Optionen“ wie die **geblockte Altersteilzeit!**

Prekären Arbeitsverhältnissen und Ausbeutung (vom Missbrauch der Leiharbeit bis zur Erntearbeit) sagen wir den Kampf an, auf politischer Ebene und durch konkrete Unterstützung der betroffenen Kolleg:innen.

Auch abseits der jüngsten Herausforderungen wie Kurzarbeit und gestiegenen Energiekosten ändern sich unsere Betriebsrealitäten laufend, **Digitalisierung, neue Produktionsweisen und Klimaneutralität** stellen uns vor viele Herausforderungen und Umbrüche. Wir verlangen

umfassende Einbeziehung der Betriebsräte in all diese betrieblichen Veränderungen. Wir wollen auch wissen, welche Auswirkungen anstehende Veränderungen haben: Was heißt das für die Zukunft des Betriebs und für unsere Arbeitsplätze? Hier braucht es eine **Ausweitung unserer Rechte als Betriebsrat** – insbesondere was rechtzeitige und umfassende Information und Abschätzung der Auswirkungen betrifft.

Auch (angehenden) Betriebsräten werden zunehmend mehr Steine in den Weg gelegt, immer öfter und vehementer wird versucht, Betriebsratswahlen zu verhindern und Betriebsräte in ihrer Arbeit einzuschränken. „**Union Busting**“ **sagen wir weiterhin den Kampf an!**

Ein starker Staat für die Vielen

Krisen scheinen der neue „Normalzustand“ zu sein – tatsächlich führen sie unter den aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen zu **Demokratieabbau, Umverteilung nach oben und Kürzungen im Sozialstaat**. Jede Krise zeigt es aufs Neue: Die Kosten zahlen wir Arbeitnehmer:innen und unsere Familien, nicht aber die Verursacher (wie z.B. Finanzmarktakteure, Kriegsgewinnler oder Klimasünder:innen). Mit jeder Krise verschiebt sich somit das Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeitenden ein Stück mehr, das Wohlstandsversprechen des Kapitalismus ist für die junge Generation gar nicht mehr einlösbar.

Wir wollen eine **neue, starke Rolle des Staates** und sprechen uns gegen seine aktuelle Rolle als passive Geldverteilungsmaschine aus. Er muss **aktiv gestalten, eingreifen und regulieren** - zum Wohl der Vielen, nicht der Reichen. Dazu gehört der **Ausbau öffentlicher Infrastruktur und sozialer Sicherheit**, aber auch eine **aktive Produktions- und Klimapolitik**. Das alles muss in einem **demokratischen Rahmen** eingebettet sein. Zentrale Bereiche der Grundversorgung (z.B. Energie) dürfen wir nicht mehr dem Markt überlassen.

Das bedeutet auch eine **Steuerpolitik**, die die Last auf Arbeit und Konsum mindert, dafür aber Gewinne, Erbschaften und Vermögen besteuert.

Aktive Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen verdient

Aus den Verwerfungen der Corona-Zeit haben wir viel gelernt. Wir wollen **Kurzarbeit und Solidaritäts-Prämienmodell** (Arbeitszeitverkürzung) als Instrumente der Arbeitsmarktpolitik aktiv nutzen, um anstehende große Veränderungen zu meistern (z.B. Dekarbonisierung der Produktion, Digitalisierung, Qualifizierung). **Aktive Arbeitsmarktpolitik muss in regionale Strukturpolitik und eine aktive Produktionspolitik eingebunden sein**; sie muss zielgruppengerecht sein und bedarf einer ausreichenden Finanzierung.

Wir brauchen Antworten und neue Überlegungen zur **Bekämpfung des Arbeitskräftemangels**, den wir überall spüren. Unseren Arbeitsmarkt abzuschotten hilft uns nicht weiter – genauso wenig die Lohndumpingvorschläge aus Kreisen der Wirtschaft und der aktuellen Bundesregierung. Wir wissen, dass nur hochwertige Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung einen Arbeitsplatz attraktiv machen und sehen dies als unsere große Chance in der aktuellen Debatte.

Die massive Teuerung in Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine haben uns gezeigt, dass die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nicht mehr existenzsichernd sind. Wir

brauchen dringend eine dauerhafte **Erhöhung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe**. Auch Schikanen bei der Vermittlung Arbeitssuchender durch das AMS wollen wir nicht weiter hinnehmen und die Abwärtsspirale von schlechten Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen durchbrechen: Wir fordern, die Zumutbarkeitsprüfung umzudrehen und miserable Arbeitgeber zu sanktionieren: Der angebotene Job muss zumutbar sein!

Klima und Zukunft der Arbeit(splätze) – „Just Transition“

Seit Jahr(zehnten) zeigen uns alle Prognosen zur Klimaentwicklung, dass wir auf eine Katastrophe zusteuern. Die Erderwärmung schreitet zunehmend voran, der Handlungsspielraum wird jedes Jahr kleiner. Eine der größten und dringendsten Herausforderungen der kommenden Jahre ist es, die drohende Klimakrise abzuwenden und Anpassungen an nicht mehr zu vermeidende Klimaveränderungen zu finden.

Wir stehen vor **grundlegenden Veränderungen unserer Lebensweise, Wirtschaftsweise, Produktionsprozesse und auch der Arbeitswelt**. Im Zentrum steht dabei der Fokus auf nachhaltige, erneuerbare Energie, umwelt- und ressourcenschonende Produktionsweisen und eine nachhaltige Mobilität. Das betrifft unsere Branchen besonders. Gleichzeitig sind unsere Mitglieder nicht nur in ihrer Position als Arbeitnehmer:innen betroffen. Wir alle wollen in einer Welt leben, die ihre Grundlagen nicht zerstört.

Wir haben uns der **(scheinbaren) Widersprüchlichkeit von Klimarettung und Erhalt unserer Arbeitsplätze** gestellt und als PRO-GE ein **eigenes Konzept einer sogenannten „Just Transition“, eines gerechten Wandels** erstellt. Dabei geht es darum, die Kosten der – auf jeden Fall notwendigen – Maßnahmen, die den Klimawandel bekämpfen sollen, nicht auf den Rücken der Beschäftigten abzuwälzen und ihnen eine ernstzunehmende Perspektive zu bieten.

Der klimabedingte Transformationsprozess unserer Arbeitswelt muss **gemeinsam mit den Beschäftigten** und auf allen Ebenen **demokratisch** gestaltet sein und mit einem konkreten Plan ablaufen. Wir wollen nicht Ergebnisse, die aus Profitlogik entstanden sind, mitverwalten, sondern Teil einer aktiven Strategie zum Wohl der Beschäftigten sein, die niemanden zurücklässt. Das bedarf auch einer starken, mit entsprechenden Mitteln ausgestatteten Arbeitsmarktpolitik, die Betroffenen eine neue, den Lebensstandard erhaltende Perspektive in ihrer Region bietet.

Sozialstaat als Eckpfeiler der Demokratie

Der Sozialstaat ist für uns eines der wesentlichen Elemente einer modernen solidarischen Gesellschaft und der Inbegriff einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Er soll nicht nur gegen existenzbedrohende Notlagen absichern, sondern auch **soziale Gerechtigkeit herstellen, umverteilen und die Gesellschaft stabilisieren** (im wirtschaftlichen Sinn, aber auch durch die Wahrung des „sozialen Friedens“).

Genau aus diesem Grund wollen wir auch ein **Wahlrecht für all unsere Kolleg:innen** – so wie wir das einst bei den Betriebsräten durchgesetzt haben. Dieser Diskussion müssen und wollen wir uns stellen!

Wir beobachten in den letzten Jahren massive Angriffe auf den Sozialstaat, es braucht einen Paradigmenwechsel: Der ideologisch motivierte, **scheibchenweise Hungertod des Sozialstaats** zugunsten der Reichen muss ein Ende finden! Unser Sozialstaat muss mit den Herausforderungen wachsen, nicht schrumpfen. Vom Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, über die Sicherung der Alterspensionen, die Herausforderungen in der Pflege bis hin zur Armutsbekämpfung: Ein gutes Leben für alle, auch in schweren Zeiten und im Alter, ist in einem der reichsten Länder der Welt nur eine Frage des politischen Willens und mit einer breiteren, faireren Finanzierungsbasis (Einbeziehung von Vermögen und Wertschöpfung) auch kein Problem.

Entscheidender Eckpfeiler des Sozialstaats ist unsere Sozialversicherung: Hier streben wir ganz klar die **Rückeroberung der Selbstverwaltung** als Grundlage für eine neue, moderne und demokratische Struktur an.

Unsere **solidarische Pensionsversicherung** ist eines der historisch stabilsten und daher zukunftsträchtigsten Systeme der Welt. Der Vergleich macht sicher: Gerade in den letzten Jahren haben wir gesehen, wie die Ergebnisse der privaten Spekulationskassen zum Profit einiger Weniger in den Keller rasseln! Wir stehen zu unserem umlagefinanzierten Pensionssystem, das uns eine gute Pension auch in der Zukunft garantiert und werden uns sämtlichen Privatisierungsversuchen weiterhin mit aller Kraft entgegenstemmen.

Unser Credo lautet: **45 Jahre harte Arbeit sind genug!**

Unsere zusätzlichen Schwerpunkte in den nächsten fünf Jahren sind eine bessere Anerkennung von **Schwerarbeit** (Zugang ausweiten, vereinfachen etc.) und das **Schließen von Pensionslücken** (vor allem für Frauen).

Jugend: Weil die Zukunft uns gehört!

Die **Lehre ist wieder im Gespräch**, die Nachfrage an Lehrlingen kann gar nicht erfüllt werden. In immer mehr Branchen steigen auch die kollektivvertraglichen Lehrlingseinkommen deutlich.

Dennoch braucht es eine **kräftige und ernstgemeinte Lehrlingsoffensive**: Der Mangel an Fachkräften durch die demographische Entwicklung war seit vielen Jahren vorhersehbar, doch Politik und vor allem die Unternehmen haben entsprechendes Handeln aufgeschoben. Die Lehre darf nicht nur ein Plan B sein, sondern ein aus Überzeugung gewählter Bildungsweg (auch für die Eltern). Dazu braucht es mehr Geld, mehr Qualität und ein neues Selbstbewusstsein der Lehrlinge.

2018 haben wir um das Fortbestehen der **Jugendvertrauensräte** gekämpft und diesen Kampf auch gewonnen – jetzt wollen wir diese Institution flächendeckend verankern.

Im **Bildungsbereich** haben die Herausforderungen während Corona (Distance-Learning, psychische Belastungen) das Spotlight auch noch einmal auf andere Probleme gerichtet: Die extreme Rolle, die der finanzielle Status in unserem Bildungssystem spielt. **Bildung muss für alle, unabhängig vom Geldbörstel der Eltern gleichermaßen zugänglich sein**. Das bedeutet auch, wir müssen weg von den frühen Bildungswegentscheidungen. Weitere Forderungen: Mehr Durchlässigkeit, gemeinsame Bildung bis zum Ende der Schulpflicht, kostenlose Ganztageschulen in verschränkter und offener Form, integriertes lebenslanges Lernen (z.B. Meister:innenprüfung), mehr Berufsorientierung, mehr politische Bildung.

Starke PRO-GE Frauen – Vielfalt und Gerechtigkeit

Nach wie vor haben wir in Österreich eine sehr traditionelle Rollenverteilung, die Kindererziehung und Pflege vor allem zur Aufgabe der Frauen macht. Wir wollen diese **Rollenbilder aufbrechen** und gleichzeitig eine **moderne Arbeitswelt** schaffen, die beiden Eltern eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht (wie zum Beispiel eine Arbeitszeitverkürzung) und auch im Berufsleben den Durchbruch der gläsernen Decke für Frauen ermöglicht.

Zur besseren sozialen Absicherung der doppelbelasteten Frauen braucht es weiter Verbesserungen im Arbeitsrecht und ein **Schließen der Pensionslücken**, die durch Kindererziehung und Pflege entstehen. Basis einer guten Alterssicherung sind aber auch hohe Löhne, weswegen wir uns auch aus diesem Grund dem Ziel eines kollektivvertraglichen **Mindestlohns von 2.000 Euro** verpflichten.

Weiterhin machen wir uns **gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen** stark und setzen unsere Initiative mit Opferberatungseinrichtungen sowie zur Schulung von Führungskräften fort.

Eine international starke PRO-GE

Zahlreiche Krisen untergraben weltweit die Rechte von Arbeitnehmer:innen. Die PRO-GE hat stets in die Welt geblickt und sich mit Kolleg:innen weltweit solidarisiert und sie in ihren Kämpfen unterstützt – wir werden das auch weiterhin tun, zum Beispiel im Rahmen der Kampagnen unserer internationalen Dachorganisationen zur **weltweiten Durchsetzung von Arbeitnehmer:innen-Rechten**.

Unser Know How und unsere strategische Rolle wollen wir auch weiterhin nutzen, um unserer Kolleg:innen zum Beispiel am Westbalkan im Kampf um den Aufbau von Betriebsräten und Gewerkschaften zu unterstützen und das **Voranschreiten „gewerkschaftsfreier Zonen“ zu verhindern**.



PRO-GE

Unsere ARBEIT, *unser* LEBEN,
unsere ZUKUNFT!

DIE **PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT**

4. GEWERKSCHAFTSTAG DER PRO-GE, 14.–16. Juni 2023, Austria Center Vienna